



**Geschäftsführung
Ausschuss Umwelt, Gesundheit und
Grün**

Ansprechpartner/in: Frau Bültge

Telefon: (0221) 221-23702

Fax: (0221) 221-26928

E-Mail: barbara.bueltge@stadt-koeln.de

Datum: 13.08.2008

Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses Umwelt, Gesundheit und Grün** in der Wahlperiode 2004/2009 am Dienstag, dem 20.05.2008, 14:00 Uhr bis 16:23 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

Anwesend waren:

Vorsitzende/r

Herr Götz Bacher SPD

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Hans-Werner Bartsch	CDU	
Frau Margret Dresler-Graf	CDU	stellvertretend für Herrn Grau
Frau Ursula Gärtner	CDU	
Herr Dr. Michael Paul	CDU	
Herr Dr. Alexander Fladerer	SPD	
Frau Polina Frebel	SPD	
Herr Michael Paetzold	SPD	
Herr Gerhard Brust	Grüne	
Frau Dr. Sabine Müller	Grüne	
Herr Dr. Rolf Albach	FDP	ab 15:40 Uhr
Herr Ulrich Breite	FDP	bis 15:40 Uhr stellvertretend für Herrn Dr. Albach

Mitglieder mit beratender Stimme gem. § 58 Abs. 1 Satz 7-12 GO NRW

Herr Heinz-Kurt Täubner	pro Köln
Herr Frank Kühl	Die Linke.Köln

Sachkundige Einwohner/innen mit beratender Stimme nach § 58 Abs. 4 GO NRW und § 21 der Hauptsatzung

Herr Egbert Bischoff	auf Vorschlag der CDU
Herr Anton Henk	auf Vorschlag der CDU
Herr Dietmar Donath	auf Vorschlag der SPD

Sachkundige Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Herr Dr. Martin Theisohn	stellvertretend für Herrn Dr. Krebs
--------------------------	-------------------------------------

Verwaltung

Frau Beigeordnete Marlis Bredehorst
Herr Dr. Ernst Drösemeier
Herr Dr. Jan Leidel
Herr Reinhard Muck
Herr Stephan Neuhoff
Frau Johanna Preßmar-Cuber

stellvertretend für Herrn Eppenich

Schriftführerinnen

Frau Barbara Bültge
Frau Evelyne Fuchsberger-Meyer

Presse

Zuschauer

Zu Beginn begrüßt der Ausschussvorsitzende RM Herr Bacher die Anwesenden zur Sitzung des Ausschusses Umwelt, Gesundheit und Grün.

Anlässlich des runden Geburtstages des stellvertretenden Amtsleiters des Amtes für Landschaftspflege und Grünflächen gratulieren der Vorsitzende, die anwesenden Ausschussmitglieder sowie die Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung und wünschen weiterhin alles Gute.

Frau Beigeordnete Bredehorst merkt an, dass die erweiterten Tagesordnungen des Ausschusses Umwelt, Gesundheit und Grün und des Betriebsausschusses der AWB den Ausschussmitgliedern vorliegen und man die Erweiterungen an dem Rahmen, der um diese gezogen ist, erkennen könne.

Zum **Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün** bittet sie, die Tagesordnung um die Punkte 1.1, 2.1, 3.3 und 5.5 bis 5.9 im öffentlichen Gesundheitsteil, um den Punkt 11.1 im nichtöffentlichen Gesundheitsteil und um die Punkte 14.4, 16.6, 16.7, 18.1 bis 18.4, 19.2 bis 19.7 im öffentlichen Teil Umwelt und Grün und 27.1 im nichtöffentlichen Teil Umwelt und Grün zu erweitern.

Die Mitteilung, die irrtümlicherweise auf TOP 11.1 gesetzt wurde, bittet sie in den öffentlichen Gesundheitsteil zu verschieben und ihn unter TOP zu 3.1 zu behandeln, zu dem bereits der Antrag der CDU-Fraktion umgedruckt worden sei.

Die Anfrage der SPD-Fraktion sowie die Stellungnahme der Verwaltung zum Neubau der Feuer- und Rettungswache 10 seien irrtümlich unter TOP 3 - Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung...- auf die Tagesordnung gesetzt worden. Neuer TOP sei 2.2.

Zu TOP 9.2 "Änderung der Satzung über den Rettungsdienst der Stadt Köln" habe der AVR der Beschlussvorlage vorbehaltlich der Zustimmung des Ausschusses Umwelt, Gesundheit und Grün einstimmig zugestimmt

Folgende Unterlagen lägen als Tischvorlagen vor, alle anderen seien zugestellt worden:

- 11.1. Kommunikation und Information bei Großschadensereignissen
jetzt 3.1
- 14.4. Stellungnahme zur Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen;
hier: Errichtung einer Lagerstätte zum Strohlagern in Köln-Roggendorf

- 18.4 Umweltprüfung in der Bauleitplanung
hier: Bebauungsplanverfahren mit dem Arbeitstitel: Lindenallee in Köln-Marienburg
- 19.6 Sachstand zur geplanten Shell-Pipeline zwischen den Werken Köln-Godorf und Wesseling
- 19.7. RWE, Bau einer Erdgastransportleitung, Sayda-Werne-Eynatten
hier: Raumordnungsverfahren

Zu TOP 17.2 und 18.1 bis 18.3 ist Herr Scheu und zu TOP 18.4 ist Frau Lippke vom Stadtplanungsamt anwesend, um Fragen zu beantworten.

Im **Betriebsausschuss der AWB** bittet sie um Aufnahme der Punkte 2.1 und 5.5 auf die Tagesordnung. Die beiden Unterlagen lägen als Tischvorlage vor.

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün ist mit den Änderungen einverstanden und legt die Tagesordnung wie folgt fest:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

I. - Gleichstellungsrelevante Themen

0 Verpflichtung von sachkundigen Einwohnern/Einwohnerinnen

A - Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün - Teil Gesundheit

1 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

- 1.1 Erhebung von Gebühren und Kostenersatz für Leistungen der Berufsfeuerwehr
2040/2008

2 Anfragen gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

- 2.1. Verseuchtes Heparin
Anfrage der CDU-Fraktion vom 14.05.2008
AN/0905/2008
- 2.2. Anfrage der SPD-Fraktion vom 13.05.2008
hier: Neubau der Feuer- und Rettungswache 10
AN/0997/2008

Zu 2.2 Stellungnahme der Verwaltung zur Anfrage der SPD-Fraktion
Neubau der Feuer- und Rettungswache 10
AN/0997/2008
2214/2008

3 Anträge gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1. Kommunikation und Information bei Großschadensereignissen
AN/0896/2008

Zu 3.1 Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag Kommunikation und Information bei
Großschadensereignissen
2260/2008

3.2. Gründung eines Runden Tisches im Rahmen des Konzeptes Chemie im Dialog
Antrag des RM Frau May vom 07.04.2008
AN /0654/2008

Chemie: Industrie und Bürger
Antrag der FDP-Fraktion vom 24.04.2008
AN /0853/2008

Chemie im Dialog; Änderungs- bzw. Zusatzantrag gem. § 13 der Geschäftsord-
nung des Rates von SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN /0840/2008

4 Beschlussvorlagen

4.1 Änderung der Satzung über den Rettungsdienst der Stadt Köln
4196/2007

5 Mitteilungen

5.1 Influenza Pandemieplan der Stadt Köln 2008
1380/2008

5.2 Aktionstage "gesund & mobil im Alter"
1666/2008

5.3 Verbesserung der Pflegequalität in Köln
1880/2008

5.4 Maßnahmen zur Überleitungspflege von älteren Menschen im Stadtbezirk Kalk
1781/2008

5.5 Sachstand Initiative Gesundheitsstandort Köln "HealthCologne"
1984/2008

5.6 Anzahl der Hepatitis C Fälle 2007 (2006)
2112/2008

- 5.7 Halbjahresbericht des Oberbürgermeisters gem. § 45 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen - Berichtszeitraum bis 31.12.2007
2070/2008
- 5.8 Jahresbericht der pro familia Köln-Chorweiler
2073/2008
- 5.9 Umsetzung der Änderung der Arbeitszeitverordnung für den feuerwehrtechnischen Dienst bei der Berufsfeuerwehr Köln
2216/2008

6 Mündliche Anfragen

- 6.1 Betriebsstation Auf dem Kalkberg

I. Öffentlicher Teil

B - Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün - Teil Umwelt und Grün

13 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

14 Anfragen gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

- 14.1 Beantwortung der Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Verkehrsausschuss und einer mündlichen Anfrage von Herrn Brust im Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün
hier: "Heizpilze in der Außengastronomie"
0169/2008
- 14.2 Beantwortung der Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13.02.2008 zur Sitzung des Verkehrsausschusses am 19.02.2008; AN/0287/2008
hier: Erstellung von Lärmkarten und Lärmminderungsplänen am Flughafen Köln/Bonn gemäß EU-Umgebungslärmrichtlinie
1048/2008
- 14.3 Beantwortung der Anfrage der FDP-Fraktion vom 16.01.2008 und TOP 19.3 aus der Sitzung des Ausschusses Umwelt, Gesundheit und Grün vom 22.01.2008
hier. Strunderbach
1942/2008
- 14.4 Beantwortung einer Anfrage der Fraktion Bündnis90/ Die Grünen vom 10.03.08
Hier: Errichtung einer Lagerstätte zum Strohlagern in Köln-Roggendorf - Widerspruchsverfahren nach § 69 Landschaftsgesetz NW
2106/2008

15 Anträge gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

16 Beschlussvorlagen

- 16.1 Regionale 2010 - RegioGrün - Frechener Bach und Lindenthaler Kanal
2. Durchgang
0686/2008
- Zu 16.1 Stellungnahme der Verwaltung zu Regionale 2010 - RegioGrün - Frechener Bach und Lindenthaler Kanal; TOP: 16.6 - Sitzung des Ausschusses Umwelt, Gesundheit und Grün vom 15.04.2008
1930/2008

- 16.2 Friedhofsflächenmanagement
Friedhof Leidenhausen in Köln-Porz
2. Durchgang
1058/2008
- 16.3 Finkens Garten
1741/2008
- 16.4 Beschaffungen KFZ im Grünbereich
1283/2008
- 16.5 Sanierung von Mauern und Einfassungen im Blücherpark
1428/2008
- 16.6 Regionale 2010 - Projekt Rheinboulevard
hier: Teilabschnitt zwischen Deutzer Brücke und Hohenzollernbrücke, inklusive
der Anpassung der Hochwasserschutzanlagen zwischen Deutzer Brücke und
Landeshaus
1509/2008
- 16.7 Beschaffungen KFZ im Friedhofsbereich
2005/2008

17 Mitberatung von Planungsvorlagen

- 17.1 Rechtsrheinisches Entwicklungskonzept - Teilraum Nord
2. Durchgang
5365/2007
- 17.2 Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes
Arbeitstitel: Gewerbegebiet südlich Hugo-Eckener-Straße in Köln-Ossendorf
0974/2008

18 Umweltprüfungen und UVP-relevante Planungen und Projekte

- 18.1 Umweltprüfung in der Bauleitplanung
Ds-Nr. 0431/003
hier: Bebauungsplanverfahren mit dem Arbeitstitel: Äußere Kanalstraße/Venloer
Straße in Köln-Ehrenfeld
2002/2008
- 18.2 Umweltprüfung in der Bauleitplanung
Ds-Nr. 0431/003
hier: Bebauungsplanverfahren mit dem Arbeitstitel: Von-Ketteler-Straße in Köln-
Höhenhaus
2003/2008

18.3 Umweltprüfung in der Bauleitplanung
Ds-Nr. 0431/003
hier: Bebauungsplanverfahren mit dem Arbeitstitel: Euroforum Nord in Köln-
Mülheim
2007/2008

18.4 Umweltprüfung in der Bauleitplanung
Ds-Nr. 0431/003
hier: Bebauungsplanverfahren mit dem Arbeitstitel: Lindenallee in Köln-
Marienburg
2010/2008

19 Mitteilungen

19.1 Richtlinie Pflanzgefäße
0544/2008

19.2 Erhalt des Pferdeschutzhofes in Köln-Weidenpesch
1439/2008

19.3 Halbjahresbericht des Oberbürgermeisters gem. § 45 der Geschäftsordnung des
Rates und der Bezirksvertretungen - Berichtszeitraum bis 31.12.2007
2047/2008

19.4 Energiebericht 2007, Teil 2: Sachstandsbericht Aktives Energiemanagementkon-
zept
2095/2008

19.5 Förderung der Regionale 2010 - Grünprojekte
2152/2008

19.6 Sachstand zur geplanten Shell-Pipeline zwischen den Werken K-Godorf und
Wesseling
2074/2008

19.7 RWE, Bau einer Erdgastransportleitung, Sayda-Werne-Eynatten
hier: Raumordnungsverfahren
0533/2008/1

20 Mündliche Anfragen

20.1 Übertragung von beabsichtigten Pflegemaßnahmen auf das Sportamt
Anfrage des RM Herrn Bacher

20.2 Club Astoria
Anfrage des RM Herrn Bartsch

I. Öffentlicher Teil

I. - Gleichstellungsrelevante Themen

Keine.

0 Verpflichtung von sachkundigen Einwohnern/Einwohnerinnen

Keine.

A - Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün - Teil Gesundheit

1 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

1.1 Erhebung von Gebühren und Kostenersatz für Leistungen der Berufsfeuerwehr 2040/2008

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt die umgedruckte Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

RM Herr Brust fragt nach, warum es notwendig war, die gesamten Schläuche zu entsorgen.

Herr Neuhoff erläutert, bei einer Kontaminierung sei zu prüfen, ob die betroffenen Schläuche entsorgt oder dekontaminiert werden sollen. In diesem Fall stellte die Firma fest, dass es besser sei, die Materialien einzubehalten und Ersatz zu liefern.

2 Anfragen gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

2.1 Verseuchtes Heparin Anfrage der CDU-Fraktion vom 14.05.2008 AN/0905/2008

RM Frau Gärtner erläutert die Hintergründe der Anfrage.

Herr Dr. Leidel merkt an, dass die Stellungnahme der Verwaltung der Niederschrift (Anlage 1) beigefügt werde und fasst das Wichtigste kurz zusammen. In Köln seien keine Menschen durch kontaminiertes Heparin geschädigt worden. In drei Krankenhausapotheken wurden entsprechende Chargen festgestellt, die man sofort aussonderte.

SE Herr Täubner fragt an, wie bei Heparin minderwertige Chargen festgestellt werden können.

Herr Dr. Leidel erläutert, die Substanz, die hier zu einer Verunreinigung geführt habe, sei vom Molekül her sehr ähnlich wie das Heparinmolekül. Daher werde dies bei routinemäßigen Prüfungen nicht ohne weiteres erkannt. Durch die Zusammenarbeit der schleswig-holsteinischen Überwachungsbehörden (der Fall ist in Schleswig-Holstein aufgetreten) und der Firma konnte rasch festgestellt werden, welche Chargen betroffen waren. Zurzeit werde an einem Analyseverfahren gearbeitet, das derartige Verunreinigungen besser erkenne.

**2.2 Anfrage der SPD-Fraktion vom 13.05.2008
hier: Neubau der Feuer- und Rettungswache 10
AN/0997/2008**

**Stellungnahme der Verwaltung zur Anfrage der SPD-Fraktion
Neubau der Feuer- und Rettungswache 10
AN/0997/2008
2214/2008**

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt die umgedruckte Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

3 Anträge gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

**3.1 Kommunikation und Information bei Großschadensereignissen
AN/0896/2008**

RM Frau Gärtner sieht diesen Punkt im Zusammenhang mit dem nachfolgenden TOP und möchte zu beiden Anliegen kurz Stellung nehmen. Die CDU-Fraktion sei froh, dass der vorbildliche Einsatz der Rettungskräfte dazu geführt habe, dass keine Menschen zu Schaden kamen. Gleichwohl seien alle Fraktionen angesprochen, um das eine oder andere noch zu verbessern. Daher hielte sie es für wichtig, eine Anlaufstelle vor Ort anzubieten und nicht nur eine Telefon-Nummer bekanntzugeben, für die Fälle, in denen die Anwohner nicht in ihren Häusern bleiben müssten.

Zum zweiten Punkt unterstreicht sie die Notwendigkeit der Vorlage eines Berichtes zum Thema Alarmierung der Bevölkerung im Katastrophenfall.

RM Frau Dr. Müller schließt sich den Äußerungen der Vorrednerin an, alles Mögliche zu tun, was zur Verbesserung der Lage beitrage. Die Dinge, die in der Verantwortung der Stadt lagen, seien vorbildlich abgelaufen. Die Schwachstellen zielen eher in Richtung Bezirksregierung. Dass INEOS erst jetzt auf die Idee kam einen Runden Tisch einzurichten, sei zwar spät, aber besser jetzt als gar nicht.

Frau Beigeordnete Bredehorst stellt richtig, dass die Stellungnahme der Verwaltung nicht gegen den Antrag gerichtet sei, sondern es werde deutlich gemacht, dass in bestimmten Situationen die Vorschläge kontraproduktiv seien.

Im Stadtvorstand wurde festgelegt, dass es eine Nachbereitung des INEOS Störfalles geben werde. Über das Ergebnis werde der Ausschuss zu gegebener Zeit unterrichtet. Die im Rahmen der Großschadensplanungen gemachten Erfahrungen werden darin einfließen. Auch sie sähe Lücken in der Informationsübermittlung an die Bevölkerung, die teilweise von den anderen Beteiligten zu schließen wären. In der Störfallverordnung nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz sollte eigentlich alles geregelt sein. Tatsache sei jedoch, dass sie

die Informationsnotwendigkeit der Bevölkerung umfassend vor dem Störfall regelt, aber nicht während bzw. danach. Diese Lücke sei zu schließen.

RM Dr. Paul bestätigt, dass die Stellungnahme der Verwaltung sich nicht gegen den Antrag richte. Es wäre jedoch besser gewesen, wenn sie nicht als Tischvorlage den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis gegeben worden wäre.

Um Missverständnisse zu Punkt 2 des Antrages vorzubeugen, die Einrichtungen und Maßnahmen zur Alarmierung beziehen sich nicht ausschließlich auf die Sirenenanlagen. Sirenen seien sicherlich für eine Alarmierung das richtige Instrument, aber es gäbe noch andere Möglichkeiten der Informationsweitergabe. Zu nennen wäre hier, sich in laufende Fernsehsendungen aufzuschalten, Radios und Fernseher zum Einschalten zu bringen oder die Übermittlung von SMS auf im Störfallbereich befindliche Handys. Derartige technische Möglichkeiten sollten mit geprüft werden.

Er hält es außerdem für sinnvoll, den Erfahrungsbericht, der unter TOP 3.2 angesprochen werde, für beide Punkte zu erstellen.

Frau Schürmann, Amt für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, erläutert, dass in der Kommunikationsgruppe die neuen technologischen Formen der schnelleren Benachrichtigung bereits mit den Telekommunikationsfirmen besprochen wurden. Es soll fester Bestandteil des Großschadenskonzeptes werden, dass die Stadt eine mobile oder eine Vorort-Anlaufstelle bei Großschadensereignissen errichten werde.

SE Herr Täubner fragt nach, wie und wer informiert die Bevölkerung korrekt und schnell über die Gefahren, ohne das Panik und Hysterie ausbricht?

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten

1. sicherzustellen, dass bei zukünftigen Großschadensereignissen nicht nur ein Info-Telefon eingerichtet wird, sondern eine Kontakt- und Anlaufstelle vor Ort, z.B. in Form eines Informationsbusses, in einer Schule, einem Vereinsheim oder sonstigen geeigneten Räumlichkeiten, an die sich die Bürgerinnen und Bürger wenden können, um aktuelle Informationen zu erhalten und sich auszutauschen.
2. zu prüfen, ob die zur Alarmierung der Bevölkerung in Katastrophenfällen vorgesehenen Einrichtungen und Maßnahmen, insbesondere in der Nähe von Chemiestandorten, in ausreichendem Maß vorhanden sind. Dem Ausschuss ist ein entsprechender Bericht vorzulegen, der auch eventuelle Handlungsnotwendigkeiten zur Verbesserung der Alarmierung darstellen soll.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag Kommunikation und Information bei Großschadensereignissen 2260/2008

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt die als Tischvorlage umgedruckte Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

3.2 Gründung eines Runden Tisches im Rahmen des Konzeptes Chemie im Dialog
Antrag des RM Frau May vom 07.04.2008
AN /0654/2008

RM Frau May erläutert ihren Antrag, der bereits in der Ratssitzung am 24.04.2008 ausführlich behandelt wurde und hält die Verweisung in den Fachausschuss für gerechtfertigt. Sie bemängelt, dass viele Chemieunternehmen, dazu zähle auch INEOS, dem Konzept „Chemie im Dialog“ nicht nachkommen.

Der Vorsitzende RM Herr Bacher ist ebenfalls der Meinung, dass etwas geschehen müsse, daher auch der gemeinsame Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der seiner Auffassung nach, der weiter gehende Antrag sei.

RM Frau Dr. Müller schließt sich den Äußerungen von Herrn Bacher an.

RM Frau Gärtner bestätigt, dass der gemeinsame Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der weitergehende Antrag sei, da er alle Themen umfasse. Daher werde die CDU-Fraktion diesem Antrag zustimmen. Sie hält es ebenfalls für sinnvoll, dass der Fachausschuss sich mit solchen Fragen befasse, da er die Aufgabe habe, den weiteren Verlauf der Angelegenheit zu verfolgen. Sie erwarte von der Verwaltung, dass der Ausschuss kontinuierlich unterrichtet werde.

RM Herr Bacher bemerkt, dass es selbstverständlich wäre, dass der Ausschuss sich um den weiteren Verlauf kümmere. Ihm gehe es darum, dass bereits im Rat alles dazu gesagt wurde und die Anträge hier nicht noch einmal ausführlich behandelt werden müssten. Selbstverständlich sei auch die Beschlussfassung in diesem Gremium, da der Rat keine Beschlüsse gefasst habe.

Für RM Herrn Breite ist zwar der FDP-Antrag der weitergehende, er würde sich aber der Mehrheit des Ausschusses beugen. Damit überhaupt etwas zustande käme, stimme seine Fraktion dem gemeinsamen Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu.

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, Gespräche zur Gründung eines Runden Tisches - Chemie im Dialog – zu führen, um die Transparenz und Kommunikation zwischen den Beteiligten zu erhöhen und die Defizite unter anderem an Information wie es der Störfall in Köln-Worringen gezeigt hat, im Interesse aller Beteiligten zu beheben.

Teilnehmer dieses Kreises sollen unter anderem die betroffenen Kommunen bzw. deren zuständigen Fachbehörden (Umweltschutz, Feuerwehr), die Bezirksregierung, die Chemieunternehmen, Bürgerinitiativen und Umweltverbände sein.

Inhalt diesen Runden Tisches sollen auch die Katastrophenschutz –und Evakuierungspläne sein, sofern sie vorhanden sind.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig abgelehnt bei einer Enthaltung der FDP-Fraktion.

Chemie im Dialog; Änderungs- bzw. Zusatzantrag gem. § 13 der Geschäftsordnung des Rates von SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen AN /0840/2008

Ausschussvorsitzender RM Herr Bacher bringt den weitergehenden Antrag zur Abstimmung.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, das Angebot der INEOS Köln GmbH für einen Dialog aufzugreifen und fortzuentwickeln. Die Verwaltung möge zusammen mit der INEOS GmbH darauf hinzuwirken, einen regelmäßigen Austausch und eine regelmäßige Information zwischen den bei einem möglichen Störfall beteiligten Stellen sicherzustellen, um durch diese enge Vernetzung die Transparenz und Sicherheit zu erhöhen und denkbaren Kommunikationshemmnisse schon im Vorfeld entgegenzutreten. Dabei ist an die guten Erfahrungen aus bereits funktionierenden Netzwerken anzuknüpfen. Einzubinden sind neben Vertretern der Fachverwaltungen (Umwelt, Gesundheit, Feuerwehr), der Bezirksregierung, der Polizei und des Unternehmens auch die Anwohnerschaft, sowie Beschäftigte und ggf. Partnerunternehmen.

Auf einen ständigen Dialog mit den Anwohnern im Umfeld des Unternehmens ist besonderes Gewicht zu legen.

Die Verwaltung wird aufgefordert, Mitte 2009 einen Erfahrungsbericht über die Arbeit des Netzwerkes vorzulegen, aus dem sich einerseits ergibt, zu welchen Unternehmen im Raum Köln es bereits einen funktionierenden Austausch gibt und auf dessen Basis andererseits entschieden werden kann, inwieweit es sich empfiehlt, diese Form des regelmäßigen Dialogs auch für noch weitere Unternehmen im Chemiegürtel der Stadt Köln aufzugreifen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**Chemie: Industrie und Bürger
Antrag der FDP-Fraktion vom 24.04.2008
AN /0853/2008**

Beschluss:

Der Beschlusstext und die Überschrift des Antrages „Gründung eines Runden Tisches im Rahmen des Konzeptes Chemie im Dialog“ wird durch folgende Überschrift und Text ersetzt:

Gründung eines Arbeitskreises „Chemie: Industrie und Bürger“

Der Rat beauftragt die Stadtverwaltung auf die Bezirksregierung Köln/Bonn einzuwirken, einen Arbeitskreis zu gründen, an dem Vertreter der Chemischen Industrie, Anwohner der chemischen Industrieanlagen, der Politik, der kommunalen Verwaltungen und der Bezirksregierung teilnehmen können. Dieser Arbeitskreis soll eine Zusammenarbeit zwischen allen Beteiligten bewirken.

Die möglichen Themenbereiche, rund um die Chemische Industrie, sind vom Arbeitskreis frei zu wählen, wünschenswert ist jedoch eine Aussprache und Diskussion sämtlicher Themen, bei der mehrere Personen und Interessengruppierungen betroffen sind. Ansprechpartner für

diesen Arbeitskreis ist die Bezirksregierung, da viele der möglichen Probleme und Gesprächsthemen in deren Aufgabenbereich fallen.

Abstimmungsergebnis:

Bei einer Zustimmung der FDP-Fraktion und Enthaltung der CDU-Fraktion mehrheitlich abgelehnt.

4 Beschlussvorlagen

4.1 Änderung der Satzung über den Rettungsdienst der Stadt Köln 4196/2007

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

1. Der Rat beschließt die 3. Satzung zur Änderung der Satzung über den Rettungsdienst der Stadt Köln in der als Anlage 1 zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.
2. Der Rat nimmt zustimmend Kenntnis von der als Anlage 2 beigefügten Gebührenbedarfsberechnung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

5 Mitteilungen

5.1 Influenza Pandemieplan der Stadt Köln 2008 1380/2008

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

Frau Beigeordnete Bredehorst informiert die Ausschussmitglieder über die vor der Ausschusssitzung stattgefundenen Pressekonferenz zu diesem Thema. Weiter führt sie aus, dass die WHO den Staaten empfohlen habe, einen Pandemieplan zu erstellen. Es gäbe einen nationalen Pandemieplan und einen Rahmenplan des Landes, der allerdings noch Lücken aufwies. Sie hebt hervor, dass der Städtetag eine Arbeitsgruppe eingerichtet habe, in der unter der Leitung von Herrn Dr. Leidel ein kommunaler Musterplan erarbeitet wurde, der vom Städtetag großes Lob erhalten habe.

Herr Dr. Leidel ergänzt, eine Influenza-Pandemie bedeute für die Städte, in denen sie aufträte, ein Großschadensereignis, auch nach der Definition des Feuerschutz und Hilfesetzes (FSHG). Bei der Pandemie ist die Zeitdauer ein wichtiger Faktor. Experten gehen davon aus, dass eine erste Pandemie-Welle 8-12 Wochen dauern könne, und dass sie alle Bereiche der Stadt und darüber hinaus in Mitleidenschaft ziehen werde. Das bedeute, dass auch die Einsatzkräfte selbst betroffen seien.

Im vergangenen Jahrhundert gab es vier Pandemien. 1918/1919 war eine der größten Infektionskatastrophen der neueren Zeit mit geschätzten 40 Millionen Todesopfern.

Es sei daher wichtig, dass die Kommunen auf derartige Ereignisse vorbereitet seien. Der Plan beschäftige sich mit sämtlichen erforderlichen Führungsstrukturen, mit der Eindämmung der Ausbreitung einer Pandemie, mit der Sicherstellung der medizinischen Versorgung, mit der Versorgung mit Lebensmittel, Wasser, Energie und endet mit Aussagen, wie ein erhöhtes Aufkommen an Toten bewältigt werden könne.

Der Plan enthalte allerdings noch einige Lücken. So habe beispielsweise noch kein abschließendes Konzept zur Versorgung von Single-Haushalten in der Stadt entwickelt werden können. Es sei vorgesehen, diesen Plan regelmäßig fortzuschreiben, er wurde daher als Loseblattwerk konzipiert.

5.2 Aktionstage "gesund & mobil im Alter" 1666/2008

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

SE Herr Dr. Theisohn berichtet von der durch die Seniorenvertretung gestarteten Initiative, Spielplätze in Mehrgenerationsplätze umzuwandeln. Er bittet die Verwaltung, im Rahmen der Vorbereitung der Aktionstage „Gesund & mobil im Alter“ auch Firmen zu berücksichtigen, die solche Geräte anbieten, und ggfs. einen entsprechenden Parcours während der Veranstaltung aufbauen.

5.3 Verbesserung der Pflegequalität in Köln 1880/2008

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

SE Herr Dr. Theisohn berichtet, dass die Seniorenvertretung die Pflegequalität in Köln so nicht beurteile. Bei Besuchen in Pflegeheimen wurde deutlich, dass dort erhebliche Mängel aufgrund des geringen Personalschlüssels bestehen. Zum Hinweis des Einsatzes ehrenamtlicher Personen oder sogenannter 1 €-Jobs bemerkt er, dies stehe dem Gedanken der Professionalisierung der Pflege und der sozialpädagogischen Betreuung entgegen. Eigentlich solle das Prinzip ambulant vor stationär gelten. Hierbei könnten jedoch nicht die gleichen Kriterien gelten wie für die Heime.

Beigeordnete Frau Bredehorst weist den Vorwurf zurück, die Heimaufsicht würde nicht genau hinsehen. Es sei zwischen der Heimaufsicht und dem Medizinischen Dienst der Krankenversicherung zu unterscheiden. Die Heimaufsicht müsse sich um die Erfüllung der Voraussetzungen des Heimgesetzes kümmern. Demzufolge hat der MDK die Aufsicht über die medizinischen und Pflegequalitäten.

Aus der vorliegenden Mitteilung sei zu erkennen, dass das Sozialamt ein Handlungskonzept zur „Pflegequalität in Köln“ erarbeitet habe und der Ausschuss Soziales und Senioren diesem zugestimmt habe.

Die gesetzlich vorgeschriebene Pflegekonferenz habe vorgeschlagen, alle mit der Pflege betrauten Einrichtungen zu einem Runden Tisch einzuladen, um zur Pflegesituation in Köln einen umfassenden Überblick zu erhalten.

SE Herr Kühl unterstreicht, dass 1 €-Jobs im Pflegebereich problematisch seien. Er weise darauf hin, dass dieser Personenkreis keine ausreichende Ausbildung besäße und tarifliche Arbeitsplätze verdrängt werden.

Beigeordnete Frau Bredehorst erläutert, selbstverständlich werden die Integrationsjobs in Köln keine Pflegeaufgaben beinhalten. Dieser Bereich nimmt haushaltsnahe Dienste für Senioren wahr. In Köln wurde eine Arbeitsgruppe „Zusätzlichkeit“ etabliert, die ausschließlich prüfe, ob das Kriterium Zusätzlichkeit eingehalten werde. Die Mitglieder der Arbeitsgruppe sind Vertreter von Arbeitgebern, Arbeitnehmern, Gewerkschaft und Handwerkskammer.

**5.4 Maßnahmen zur Überleitungspflege von älteren Menschen im Stadtbezirk Kalk
1781/2008**

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

SE Herr Dr. Theisohn teilt mit, der Beschluss in der Bezirksvertretung Kalk wäre auf Antrag des Seniorennetzwerkes Höhenberg zustande gekommen. Die Seniorenbezirksvertretung habe zwischenzeitlich die dort vorhandenen Krankenhäuser besucht und sich erkundigt, ob dort ein Entlassungsmanagement bestehe, das über den Allgemeinen sozialen Dienst hinausgehe.

In der Verwaltungsmitteilung wird von Überleitungspflege gesprochen, was insofern schwierig sei, da dann eine Pflegestufe benannt werden müsse. Viele Patientinnen und Patienten, die eine kurz anschließende Unterstützung benötigen, haben keine Pflegestufe. Insofern muss dies in der Betrachtung auf das Entlassungsmanagement erweitert werden. Obwohl die beiden Krankenhäuser Merheim und Kalk zertifiziert seien, entspräche der Bereich des Entlassungsmanagements nicht den Standards.

Er bittet die Verwaltung, die Kurzfassung „Expertenstandard - Entlassungsmanagement in der Pflege“ der Fachhochschule Osnabrück der Niederschrift als Anlage beizufügen (Anlage 2).

**5.5 Sachstand Initiative Gesundheitsstandort Köln "HealthCologne"
1984/2008**

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**5.6 Anzahl der Hepatitis C Fälle 2007 (2006)
2112/2008**

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**5.7 Halbjahresbericht des Oberbürgermeisters gem. § 45 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen - Berichtszeitraum bis 31.12.2007
2070/2008**

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**5.8 Jahresbericht der pro familia Köln-Chorweiler
2073/2008**

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**5.9 Umsetzung der Änderung der Arbeitszeitverordnung für den feuerwehrtechnischen Dienst bei der Berufsfeuerwehr Köln
2216/2008**

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

6 Mündliche Anfragen

6.1 Betriebsstation Auf dem Kalkberg

RM Herr Paetzold merkt an, der WDR habe am 16.05.2008 über die Standortverlegung des Rettungshubschraubers Christoph III berichtet. Am 19.05.2008 war im Kölner Stadtanzeiger zu lesen, der Leitende Notarzt der Stadt Köln soll geäußert haben, dass der Standort Kalkberg doch möglich wäre.

Gibt es einen aktuellen Sachstand, den der Ausschuss nicht aus der Presse entnehmen müsse? Die Antwort solle der Niederschrift beigelegt werden.

Herr Neuhoff erklärt, dass die Verwaltung unverändert auf die Genehmigung warte. Das Provisorium Flughafen sei eingerichtet. Die Äußerungen des Leitenden Notarztes in der Presse sind so nicht erfolgt.

gez.
Bacher
(Ausschussvorsitzender)

gez.
Fuchsberger-Meyer
(Schriftführerin Ausschuss
Umwelt, Gesundheit und Grün
Teil Gesundheit)

I. Öffentlicher Teil

B - Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün - Teil Umwelt und Grün

13 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

Keine

14 Anfragen gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

14.1 Beantwortung der Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Verkehrsausschuss und einer mündlichen Anfrage von Herrn Brust im Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün hier: "Heizpilze in der Außengastronomie" 0169/2008

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt die umgedruckte Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

RM Herr Brust fragt nach, wer in der Verwaltung - wie in der Stellungnahme erwähnt - "auf die Gaststättenbetreiber zugehen und den Verzicht auf die Nutzung von Heizelementen anregen" werde (s. *Stellungnahme Session-Nr.: 0169/2008 zu Punkt 1, Seite 2, letzter Absatz*) und nach welchem Konzept dies durchgeführt werde.

Die Beigeordnete Frau Bredehorst sagt eine schriftliche Stellungnahme zu.

14.2 Beantwortung der Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13.02.2008 zur Sitzung des Verkehrsausschusses am 19.02.2008; AN/0287/2008 hier: Erstellung von Lärmkarten und Lärmminderungsplänen am Flughafen Köln/Bonn gemäß EU-Umgebungslärmrichtlinie 1048/2008

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt die umgedruckte Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

14.3 Beantwortung der Anfrage der FDP-Fraktion vom 16.01.2008 und TOP 19.3 aus der Sitzung des Ausschusses Umwelt, Gesundheit und Grün vom 22.01.2008 hier. Strunderbach 1942/2008

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt die umgedruckte Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

**14.4 Beantwortung einer Anfrage der Fraktion Bündnis90/ Die Grünen vom 10.03.08
Hier: Errichtung einer Lagerstätte zum Strohlagern in Köln-Roggendorf -
Widerspruchsverfahren nach § 69 Landschaftsgesetz NW
2106/2008**

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt die umgedruckte Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

15 Anträge gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Keine

16 Beschlussvorlagen

**16.1 Regionale 2010 - RegioGrün - Frechener Bach und Lindenthaler Kanal
2. Durchgang
0686/2008**

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün begrüßt die Ergebnisse des Expertenworkshops Frechener Bach und Lindenthaler Kanal und beauftragt die Verwaltung beide RegioGrün-Projekte auf dieser Grundlage weiter zu qualifizieren.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**zu 16.1 Stellungnahme der Verwaltung zu Regionale 2010 - RegioGrün - Frechener Bach und Lindenthaler Kanal; TOP: 16.6 - Sitzung des Ausschusses Umwelt, Gesundheit und Grün vom 15.04.2008
1930/2008**

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt die umgedruckte Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

**16.2 Friedhofsflächenmanagement
Friedhof Leidenhausen in Köln-Porz
2. Durchgang
1058/2008**

- Zunächst stellt der Ausschussvorsitzende den Text des Ergänzungsantrags der SPD-Fraktion Porz aus dem Beschluss der BV Porz zur Abstimmung:

Beschluss:

Die Größe des Friedhofs Leidenhausen war Grundlage der Genehmigung des Flughafens Köln/Bonn für den Fall eines Schadensgroßereignisses. Friedhofsfläche und Trauerhalle wurden darauf ausgelegt.

Die Verwaltung wird gebeten, bei der Ausgliederung der östlichen Teilfläche des Friedhofs Leidenhausen darauf zu achten, dass die verbleibende Restfläche eine ausreichende Größe hat, um im Falle eines Schadensgroßereignisses ausreichende Ressourcen vorzuhalten.

Ergebnis:

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün betrachtet den Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion Porz als erledigt.

- Anschließend stellt er den Text des Ergänzungsantrags der CDU-Fraktion Porz aus dem Beschluss der BV Porz zur Abstimmung:

Beschluss:

In Ergänzung zu dem Beschlussentwurf ist unter Punkt 3 anzufügen:

Hierbei ist vorrangig eine Nutzung als Kleingartenanlage zu prüfen.

Ergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

- Abschließend stellt er den so **ergänzten** Beschlusstext zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat nimmt das Friedhofsflächenmanagement-Konzept für die Stadt Köln (Anlage 1) und für den Friedhof Leidenhausen (Anlage 2) zur Kenntnis und fasst folgenden Beschluss:

1. Der Friedhof Leidenhausen wird durch Ausgliederung der östlichen Teilfläche verkleinert wie in Anlage 2 dargestellt.
2. Die ausgegliederte Fläche wird als Friedhof entwidmet.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, Vorschläge für eine Nachnutzung der ausgegliederten und entwidmeten Fläche zu erarbeiten. **Hierbei ist vorrangig eine Nutzung als Kleingartenanlage zu prüfen.**
4. Die Gestaltung des Friedhofs wird zu gegebener Zeit überarbeitet und der verkleinerten Gesamtfläche angepasst.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**16.3 Finkens Garten
1741/2008**

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat nimmt die Schenkung des Lions-Hilfswerks Hanse e. V., vertreten durch den Vorstand, zur Finanzierung einer Hilfskraft in Höhe von 6.500,- Euro jährlich über die Dauer von 10 Jahren, somit insgesamt 65.000,- Euro, dankend an und hebt die besondere Bedeutung von Finkens Garten im Verbund der Kölner Umweltbildungseinrichtungen hervor.

Die Stadt Köln verpflichtet sich, bei einer Schenkung des Lions-Hilfswerks Hanse e. V. im Gegenzug, den Fortbestand des Finkens Garten über einen Zeitraum von 10 Jahren zu sichern.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**16.4 Beschaffungen KFZ im Grünbereich
1283/2008**

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün empfiehlt dem Finanzausschuss, wie folgt zu beschließen:

Der Finanzausschuss beschließt eine Freigabe in Höhe von 370.549,- € aus der im Hpl.-Entwurf, Teilfinanzplan 1301, Zeile 9 / Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen veranschlagten Auszahlungsermächtigung 2008.

Die Freigabe der Mittel erfolgt im Rahmen der Vorgaben zur vorläufigen Haushaltsführung § 82 (1) GO NW.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**16.5 Sanierung von Mauern und Einfassungen im Blücherpark
1428/2008**

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt das Konzept zur Sanierung der Mauern und Einfassungen im Blücherpark zustimmend zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung nach gesicherter Finanzierung mit der Umsetzung der Sanierungsmaßnahmen in Teilabschnitten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**16.6 Regionale 2010 - Projekt Rheinboulevard
hier: Teilabschnitt zwischen Deutzer Brücke und Hohenzollernbrücke, inklusive der Anpassung der Hochwasserschutzanlagen zwischen Deutzer Brücke und Landeshaus
1509/2008**

RM Herr Breite meldet für die FDP-Fraktion Beratungsbedarf an und bittet daher, die Vorlage bis zur nächsten Sitzung zurück zu stellen. Da sich die Kosten erheblich erhöht hätten, müsse man sich die Vorlage noch einmal genau anschauen.

RM Herr Bacher wendet ein, dass das Projekt zügig bearbeitet werden sollte, um nicht in eine ähnliche Situation wie bei dem Projekt "Archäologische Zone" zu kommen. Die SPD-Fraktion sei ebenfalls über die enorme Kostensteigerung bedrückt, spreche sich aber nach wie vor für dieses für die Stadt Köln bedeutende Projekt aus, welches das rechte Rheinufer erheblich aufwerte.

Es handle sich zwar um eine beträchtliche Kostensteigerung. Diese sei jedoch begründet, da eine Spundwand eingebaut werden müsse, um die Stabilität der Treppe zu gewährleisten. Wenn man davon ausgehe, dass 80 % der Kosten vom Land getragen werden, blieben für die Stadt noch etwa 2,4 Mio. €. Dies sei zwar auch ein erheblicher Betrag, jedoch hinsichtlich dieses bedeutsamen Projekts für die Stadt Köln günstig.

Im folgenden Verlauf der Sitzung erörtern die Ausschussmitglieder, wie man angesichts des Beratungsbedarfs der FDP-Fraktion mit der Vorlage umgehe, um sie nicht zu verzögern.

RM Herr Dr. Paul schlägt vor, sie in die nächste Sitzung des Ausschusses am 12.06.2008 zu vertagen, da dieser Termin noch vor der angestrebten Ratssitzung am 24.06.2008 liege.

Aus Sicht der CDU-Fraktion schließe er sich inhaltlich seinem Vorredner Herrn Bacher an, da es sowohl umweltspezifisch, als auch insbesondere städtebaulich keinen Sinn mache, einen "kleinen Wurf" zu wagen. Vielmehr sollte für dieses Projekt eine große Lösung mit den damit verbundenen Kosten angestrebt werden. Daher sei die CDU-Fraktion heute bereit, ein zustimmendes Votum zu formulieren. Wenn es jedoch der Sache nicht schade, bis zur nächsten Ausschusssitzung zu warten, könne man der Bitte der FDP-Fraktion nachkommen und die Vorlage vertagen.

Ausschussvorsitzender RM Herr Bacher pflichtet Herrn Dr. Paul bei und bekräftigt, es sei ihm wichtig, die FDP-Fraktion bei diesem für Köln so wichtigen Projekt mit zu nehmen. Wichtig sei aber auch, dass die mitberatenden Gremien über die mehrheitlich zustimmende Haltung des federführenden Ausschusses Umwelt, Gesundheit und Grün Kenntnis erhalten. Er bittet daher, diese Diskussionsbeiträge zu protokollieren und den nachfolgenden Gremien zur Kenntnis zu geben.

RM Frau Dr. Müller ergänzt, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen habe bereits und werde noch beraten. Um zu signalisieren, in welche Richtung die Beratungen laufen, informiere sie darüber, man sei ebenfalls der Meinung, dass eine große Lösung angestrebt werden sollte.

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün vertagt die Beschlussvorlage in die nächste Sitzung am 12.06.2008.

16.7 Beschaffungen KFZ im Friedhofsbereich 2005/2008

Herr Muck ergänzt, die positiven Stellungnahmen des Rechnungsprüfungsamtes für alle drei Beschaffungsmaßnahmen lägen vor. Sie seien für die 5 Mannschaftstransporter am 16.05. und für das Hakenliftcontainerfahrzeug und die 7 Gräberbagger am 19.05.2008 erteilt worden.

Auf Anfrage von RM Herrn Breite nach dem Fabrikat der Mannschaftstransporter erklärt Herr Muck, dies könne zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht gesagt werden, da zunächst eine Ausschreibung erforderlich sei. Das wirtschaftlichste Ergebnis werde dann über das Fabrikat entscheiden.

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün empfiehlt dem Finanzausschuss, wie folgt zu beschließen:

Der Finanzausschuss beschließt eine Freigabe in Höhe von 1.119.700,- € aus der im Hpl.-Entwurf, Teilfinanzplan 1303, Zeile 9 / Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen veranschlagten Auszahlungsermächtigung 2008.

Die Freigabe der Mittel erfolgt im Rahmen der Vorgaben zur vorläufigen Haushaltsführung § 82 (1) GO NW.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

17 Mitberatung von Planungsvorlagen

17.1 Rechtsrheinisches Entwicklungskonzept - Teilraum Nord 2. Durchgang 5365/2007

RM Frau Dr. Müller hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen noch einige Fragen. Tendenziell stimme man der Beschlussvorlage zu, schließe jedoch einen Änderungsantrag zur Ratssitzung nicht aus. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sehe die Regelungen hinsichtlich der Hochwasserlinie problematisch, da geplant sei, sie Richtung Rhein zu verschieben. Eine andere Entwicklung des Gebietes sei für Bündnis 90/Die Grünen allerdings auch denkbar. Sie fragt Herrn Wevering vom Amt für Stadtentwicklung und Statistik, ob eine derartige Verschiebung der Hochwasserlinie tatsächlich notwendig sei oder ob es nicht möglich sei, die Hochwasserlinie dort zu belassen, wo sie jetzt festgelegt ist.

Herr Wevering informiert, der geltende Hochwasserschutz sei mit dem Planfeststellungsabschnitt 17 des Hochwasserschutzkonzeptes zwischen der Zoo- und der Mülheimer Brücke festgelegt worden. Dieses Konzept lege entgegen seinem Namen keine Hochwasserschutzmaßnahmen fest, sondern dessen Höhenlinien, die sich aus Überfliegung vor einigen Jahren ergeben haben, seien durch die Bezirksregierung festgelegt worden. Nachdem die Verwaltung sich mit Planungen zum Mülheimer Süden befasst habe, sei festgestellt worden, dass Baugebiete aus der Mitte 19. Jahrhunderts besiedelt waren, die jetzt zur Projektent-

wicklungsfläche "Euroforum West" gehören, im gesetzlich definierten Überschwemmungsgebiet des Rheins liegen.

Die Planer seien der Ansicht gewesen, dass diese historisch gewachsenen Baugebiete auch zukünftig Baugebiete bleiben sollen und die bisherige Baugebietsgrenze im Zuge des Auenweges und nördlich davon westlich der Hafenstraße weiter genutzt werden solle. Herr Wevering verweist in diesem Zusammenhang auf konkrete Vorlagen, die im Stadtentwicklungsausschuss beraten werden bzw. wurden.

Die weiteren betroffenen Flächen (ehemals Fa. Lindgens) westlich Hafenstraße liegen bereits seit vielen Jahren brach, da es sich um hoch kontaminierte Flächen eines Altstandortes der Blei verarbeitenden Industrie handle. Hier sei eine bauliche Wiedernutzung mit einer schnellen Aussicht auf Sanierung angedacht.

Mit dem rechtsrheinischen Entwicklungskonzept werde zudem eine Weiterentwicklung des öffentlichen Grün- und Freiraums vorgeschlagen. Mit Grünmaßnahmen solle die In-Wertsetzung des Mülheimer Südens in die Wege geleitet werden, was auch die Öffnung des Rheinuferes und die Verlängerung des Mülheimer Stadtgartens zum Rhein beinhalte. Daher werde eine Akzeptanz solcher Brachflächen auf unabsehbare Zeit diesem Ziel nicht gerecht.

RM Frau Dr. Müller fragt konkret nach der rechtlichen Einschätzung des Vorhabens im Hinblick auf das geänderte Wasserhaushaltsgesetz.

Herr Wevering räumt ein, dass die Festlegungen zum Hochwasserschutz nicht so einfach zu ändern seien. Rechtsträger zu allen notwendigen Verfahren sei die Bezirksregierung Köln, mit der man auch schon Kontakt aufgenommen habe. Die Stadt Köln könne lediglich einen Antrag stellen, um eine Veränderung der bestehenden Rechtslage herbeizuführen. Herr Wevering geht hier näher auf formale rechtliche Voraussetzungen ein und erklärt, dass die gesetzlichen Bestimmungen so neu seien, dass es bisher kaum Rechtsprechung dazu gebe.

Die Verwaltung schlage daher vor, dass die Stadt Köln versucht, die Hochwasserschutzlinie Richtung Auenweg zu verschieben.

Ein anderer Weg sei, zu untersuchen, ob die heutigen Höhenlinien noch korrekt seien oder durch Volumenausgleichsrechnung eine Bebaubarkeit der Flächen gesichert werden könne. Daher sollte eine Freiräumung der Flächen nicht ohne weiteres hingenommen werden.

SE Herr Dr. Theisohn appelliert an die Verwaltung, zu prüfen, ob statt eines geplanten Kinderspielplatzes nicht auch ein Mehrgenerationenplatz eingerichtet werden könne. In den Gebieten, die schon lange bewohnt seien, sei der Anteil der älteren Personen deutlich höher, als der der jüngeren und in den Gebieten, wo jetzt neu gesiedelt werden solle, fehlten in spätestens 10 Jahren die Kinder. Hier sei es sehr sinnvoll, diese Plätze weiterhin als Mehrgenerationenplätze nutzen zu können.

Im weiteren Verlauf der Diskussion erklärt RM Frau Dr. Müller, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gerade im Hinblick auf den Hochwasserschutz noch kein Votum abgeben könne und beantragt, die Vorlage ohne Votum in den Rat zu verweisen.

Die übrigen Ausschussmitglieder sind mit dem Vorschlag einverstanden.

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün verweist die Beschlussvorlage ohne Votum in den Rat.

17.2 **Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes**
Arbeitstitel: Gewerbegebiet südlich Hugo-Eckener-Straße in Köln-Ossendorf
0974/2008

Ausschussvorsitzender RM Herr Bacher verdeutlicht, es handle sich um eine ehemalige Friedhofserweiterungsfläche, die als Gewerbegebiet umgewidmet werden solle.

Er erinnert an den Grundsatzbeschluss, den der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün im Rahmen der Neufassung des Friedhofszielplanes gefasst habe und mit dem die Verwaltung beauftragt worden sei, ein Gesamtkonzept über die freiwerdenden Friedhofsflächen vorzulegen. Zudem sei ausdrücklich betont worden, der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün gehe davon aus, dass diese Flächen weiterhin Frei- bzw. Grünflächen blieben. In Einzelfällen könne man eine behutsame Arrondierung selbstverständlich nachvollziehen, jedoch sei nach wie vor der Grundsatzbeschluss maßgeblich. Daher sei die SPD-Fraktion nicht bereit, dieser Vorlage zuzustimmen.

Er beantragt, die Beschlussvorlage solange zurückzustellen, bis der Grundsatzbeschluss zu den ehemaligen Friedhofsflächen erfüllt ist und bittet die anderen Fraktionen, diesem Antrag zuzustimmen.

RM Herr Dr. Paul schließt sich den Aussagen seines Vorredners an. Wenn die Verwaltung heute nicht überzeugend darstellen könne, warum sie an dieser Stelle vom Grundsatzbeschluss abweiche, stimme die CDU-Fraktion ebenfalls für eine Vertagung der Beschlussvorlage.

RM Frau Dr. Müller weist ergänzend auf den Auszug aus dem Entwurf der Niederschrift des Stadtentwicklungsausschusses vom 08.05.2008 hin. Auch in dieser Sitzung sei kontrovers über die Vorlage diskutiert und es sei neben dem Verweis in die nachfolgenden Gremien die Verwaltung beauftragt worden, mögliche Alternativstandorte zu untersuchen. Sie betont, dass zumindest dies zunächst geklärt werden müsse.

RM Herr Bacher macht darauf aufmerksam, dass sich in der unmittelbaren Nähe ein großer frei gewordener Gewerbekomplex, das ehemalige Sony-Gelände, befinde, der auch genutzt werden könnte.

SB Herr Dr. Albach ist nicht der Ansicht, ein Gesamtkonzept abwarten zu müssen, bis alle frei werdenden Friedhofsflächen überplant worden sind. Auf dem Friedhof Leidenhausen in Köln-Porz sei es ja auch möglich gewesen, vom Grundsatz abzuweichen. Hier sollte allerdings eine Grünfläche geschaffen werden und keine Gewerbefläche.

Für ihn stehe im Vordergrund, dass es für Unternehmen ungleich schwieriger sei, einen Umzug zu bewerkstelligen, als eine Erweiterung an Ort und Stelle. Daher sollte die Fläche erst mal dem Gewerbebetrieb zur Verfügung gestellt und an anderer Stelle Grünfläche bereitgestellt werden. Wichtig sei, dass der Grünanteil "netto" stimme. Das heiße, dass in dem Maße, wie jetzt hier Flächen für Gewerbeansiedlung zur Verfügung gestellt werden, man an anderer Stelle entsprechend ungenutzte Gewerbeflächen auch wieder aus der Nutzung herausnehme und als Grünfläche ausweise.

Nach weiterer Diskussion stellt der Ausschussvorsitzende den Text seines mündlich vorgebrachten Änderungsantrages zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün stellt die Beschlussvorlage solange zurück, bis ein Konzept vorgelegt wird, das dem Grundsatzbeschluss des Ausschusses hinsichtlich der künftigen Nutzung der freigestellten Friedhofserweiterungsflächen im Rahmen der Neufassung des Friedhofszielplanes Rechnung trägt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt gegen die Stimme der FDP-Fraktion.

18 Umweltprüfungen und UVP-relevante Planungen und Projekte

18.1 Umweltprüfung in der Bauleitplanung

Ds-Nr. 0431/003

hier: Bebauungsplanverfahren mit dem Arbeitstitel: Äußere Kanalstraße/Venloer Straße in Köln-Ehrenfeld

2002/2008

Auf Nachfrage von RM Herrn Brust, ob in diesem Fall mit "GOSOL - Planen mit der Sonne" überprüft worden sei, wie die bestehenden Wohnungen durch den Neubau beschattet würden, erklärt Herr Scheu, es handle sich derzeit noch um einen frühzeitigen Verfahrensstand und daher seien derartige Prüfungen noch nicht vorgenommen worden. Erst einmal werde grundsätzlich geprüft, ob die Maßgaben aus den entsprechenden Regelwerken (Bau- und Nutzungsverordnung) eingehalten werden. Wenn dies der Fall ist, gehe man zunächst davon aus, dass die Besonnungsverhältnisse in Ordnung seien. Erst wenn diese Abschnitte unterschritten werden, werde geprüft, wie sich eine Besonnung bzw. Verschattung auswirke.

Herr Scheu bietet an, bei der GRUBO anzuregen, eine entsprechende Prüfung vornehmen zu lassen.

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt die mündlichen Ausführungen und die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

18.2 Umweltprüfung in der Bauleitplanung

Ds-Nr. 0431/003

hier: Bebauungsplanverfahren mit dem Arbeitstitel: Von-Ketteler-Straße in Köln-Höhenhaus

2003/2008

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

18.3 Umweltprüfung in der Bauleitplanung

Ds-Nr. 0431/003

hier: Bebauungsplanverfahren mit dem Arbeitstitel: Euroforum Nord in Köln-Mülheim

2007/2008

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

18.4 Umweltprüfung in der Bauleitplanung
Ds-Nr. 0431/003
hier: Bebauungsplanverfahren mit dem Arbeitstitel: Lindenallee in Köln-
Marienburg
2010/2008

RM Herr Dr. Paul weist auf die Beratung im Stadtentwicklungsausschuss hin. Es biete sich hier die Chance, dieses grüne Villenviertel wieder entsprechend der einstigen Nutzung zu gestalten. Das Planungskonzept sei zwischenzeitlich überarbeitet worden, so dass jetzt der zunächst vorgesehene einheitliche Baukörper an der Lindenallee aufgelöst werde. Dies sei ein Schritt in die richtige Richtung. Im Laufe des weiteren Verfahrens werde man Wert darauf legen, dass hinsichtlich der Höhen nicht über die vorhandene angrenzende Bebauung hinweggegangen werde, um das gesamte Erscheinungsbild in der Lindenallee nicht weiter zu beeinträchtigen.

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

19 Mitteilungen

19.1 Richtlinie Pflanzgefäße
0544/2008

RM Herr Brust fragt, ob die Verwaltung nach der Reaktion in der Presse die Absicht aufrechterhalte.

Die Verwaltung sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

19.2 Erhalt des Pferdeschutzhofes in Köln-Weidenpesch
1439/2008

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

19.3 Halbjahresbericht des Oberbürgermeisters gem. § 45 der Geschäftsordnung
des Rates und der Bezirksvertretungen - Berichtszeitraum bis 31.12.2007
2047/2008

- SB Herr Dr. Albach verweist auf Seite 393

Betreff: Naturschonende Herstellung der Verkehrssicherung im Bereich der Stillgelegten Kiesgruben Baadenberger Senke / Stöckheimer See
(Zweckverbandsgebiet Stöckheimer Hof)

und fragt nach dem Sachstand der Einrichtung des NSG.

Die Beigeordnete sagt eine schriftliche Stellungnahme zu.

- SB Herr Dr. Albach verweist auf Seite 272

Betreff: Naturschutzgebiet Mutzbach

und bittet, dass die Sachstandsberichterstattung weiter erfolgen soll und erst bei Änderung des Flächennutzungs- bzw. Landschaftsplanes als erledigt zu betrachten sei.

Die Beigeordnete sagt hier ebenfalls eine schriftliche Stellungnahme zu.

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**19.4 Energiebericht 2007, Teil 2: Sachstandsbericht Aktives Energiemanagementkonzept
2095/2008**

SE Herr Donath bittet, diese Mitteilung auf die Tagesordnung der nächsten Ausschusssitzung zu setzen.

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**19.5 Förderung der Regionale 2010 - Grünprojekte
2152/2008**

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**19.6 Sachstand zur geplanten Shell-Pipeline zwischen den Werken K-Godorf und Wesseling
2074/2008**

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**19.7 RWE, Bau einer Erdgastransportleitung, Sayda-Werne-Eynatten
hier: Raumordnungsverfahren
0533/2008/1**

SE Herr Donath fragt im Hinblick auf den Vorfall bei INEOS, wie hoch der Druck in und die Durchschleusung durch diese Pipeline ist.

Beigeordnete Frau Bredehorst sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

20 Mündliche Anfragen

20.1 Übertragung von beabsichtigten Pflegemaßnahmen auf das Sportamt Anfrage des RM Herrn Bacher

RM Herr Bacher erklärt, er habe aus einer Mitteilung Kenntnis erhalten, dass beabsichtigt sei, die Pflegemaßnahmen in Sportanlagen auf das Sportamt zu übertragen. Dies bedinge zusätzliches Personal und Maschinen, so dass er die Schaffung von Doppelstrukturen befürchte. Er fragt, weshalb der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nicht ebenfalls informiert worden sei und ob dies tatsächlich unter finanziellen Gesichtspunkten vorteilhaft sei.

In vielen anderen Bereichen sei man dazu übergegangen, derartige Aufgaben "aus einer Hand" zu erledigen, so dass sich ihm nicht erschließe, warum dies hier nicht mehr erfolgen solle.

Herr Muck bittet, diese komplexe Anfrage schriftlich beantworten zu dürfen.

20.2 Club Astoria Anfrage des RM Herrn Bartsch

RM Herr Bartsch bittet, folgende Fragen zum "Club Astoria" im Stadtwald zu beantworten:

1. Inwieweit sind die Auflagen der Unteren Landschaftsbehörde (ULB) erfüllt?
2. Wie sind die Auflagen der ULB zu verstehen?
3. Wie kann eine zeitnahe Lösung sichergestellt werden?
4. Warum werden für den "Club Astoria" wichtige Punkte wie eigene Wasserversorgung nicht weitergeführt?
5. Wann ist mit der Erteilung der Freistellungsbescheinigung nach derzeitigen Planungsstand zu rechnen?

Die Verwaltung sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Nach TOP 20.2 übernimmt RM Frau Dr. Müller den Ausschussvorsitz, da RM Herr Bacher einen anderweitigen Termin wahrnehmen muss.

gez.
Bacher
(Ausschussvorsitzender)

gez.
Bültge
(Schriftführerin Ausschuss
Umwelt, Gesundheit und Grün
Teil Umwelt und Grün)